Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 56. Donnerstag den 25. Februar 1886. **80. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Höhere Schule für Mädchen.

Sonnabend, den 6. März, morgens 9 Uhr **Aufnahmeprüfung.**
Dr. W. Nöldeke.

Bekanntmachung.

In Folge eingetretener Geisteskrankheit des Mitbesitzers, des Herrn Paul Richard Schnabel, sollen die an der Schenkendorfstraße unter Nr. 3 und 5 gelegenen, vor etwa 4 Jahren neuerbauten, im besten baulichen Zustande befindlichen Hausgrundstücke, das eine eine Villa mit Garten resp. Bauplatz, das andere ein vier Geschoß hohes Zinshaus mit Garten, als Ganzes oder auch jedes Haus für sich, verkauft werden.

Wegen Besichtigung derselben wende man sich an den Hausmann in Nr. 5.

Gebote sind bei dem Zustandsvormunde, Herrn Rechtsanwalt Finkelsen hier, Schulstraße Nr. 12 abzugeben, von welchem auch weitere Auskunft ertheilt werden wird.

Leipzig, den 4. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht.
Abtheilung V, Section I.
Mannsfeld.

Connewitz. Nachdem wir beschlossen haben, den für jede Grundsteuereinheit zu den Gemeindeabgaben zu entrichten, in §. 1 des hiesigen Steuerregulativs vom 13. April 1881 auf 14 Pfg. festgesetzten Betrag für das laufende Jahr auf **10 Pfg.** herabzusetzen und hierzu die aufsichtsbehördliche Genehmigung ertheilt worden ist, bringen wir dies mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß die in §. 8 des angeführten Regulativs festgesetzten Steuer-Sätze für das Einkommen außerdem um 25% vermindert worden sind. — Connewitz, den 23. Februar 1886.

Der Gemeinde-Rath. Talenstein, G.-Vorst. G.

Holz-Auction.

In der Harth des Zwenkauer Forstreviers in Abtheilung 1, 2 und 3 aufbereitete
13 eich. Klötzer von 15—102 cm Ober- bez. Mittenst., 2—6 m Länge,
24,00 Hdrt. ficht. Stangen von 1—3 cm Unterst., 3 m Länge,
17,80 " " " " 4—6 " " 3—6 " "
2,20 " " " " 7—9 " " 6—8 " "
5 Stück " " " 13—15 " " 9 " "
5 Rm eich. Nutzscheite,
50 " harte Brennscheite,
452 " lieferer Brennknüppel,
3 " harte Zacken,
49 " " Stöcke und
25 " ficht. Deckreisig
sollen

Montag, den 15. März dss. Js., von Vormittag 9 Uhr an

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem an den Prodßdendener Feldern auslaufenden A.-Flügel am Zeschwitz-Drabener Communicationswege.

Geldeinnahme im Gasthofe zu Großdeuben.

Königl. Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 1. März 1886.

Lomler. Bachmann.

Holz-Auction.

Von den auf dem Ehrenberger Walde des Zwenkauer Forstreviers im Kahlschl. Horst und Hänicher Holze aufbereiteten Hölzern sollen

Dienstag, den 16. März dss. Js., von Vormittag 9 Uhr an

123	eichene Klötzer	von	10—113 cm	Ober- bez. Mittenstärke und 2—9 m Länge.
248	eich. "	"	10—26 "	
163	rüst. "	"	10—42 "	
92	erl. "	"	10—27 "	
34	ahorne "	"	10—23 "	
3	birk. u. aspe. "	"	16—25 "	

138 eich., esch. und rüst. Stangenklötzer von 8 und 9 cm Oberstärke und 4 m Länge,
2 Rm eichene Nutzscheite,
87 " harte Brennscheite und Knüppel,
2 " hartes Bruchholz,
283 " " Abraumreisig,
84 " harte Langhaufen und
60 " " Stöcke

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung im „Horst“, Abthlg. 65 bei Gaudorf.

Geldeinnahme im Gasthofe zu Gaudorf.

Königl. Forstrevierverwaltung Zwenkau u. Königl. Forstrentamt Wurzen, den 1. März 1886.

Lomler. Bachmann.

NB. Orientirungskarten vom Ehrenberger Wald sind bei der Auction käuflich zu haben.

Nichtamtlicher Theil.

Der zweite Tag der Polendebatte.

Am zweiten Tage der Berathung des Colonisationsgesetzes haben die Freunde der Vorlage den Ton getroffen, wie er zur Förderung der Sache nothwendig war, und damit haben sie auch Eindruck gemacht. Herr Windthorst hatte am Dienstag einen schlechten Tag; seine fortwährende Wiederholung der Worte: „Hundert Millionen“, die Bezeichnung: „A- und B-Menschen“, das noch zum Schluß wieder aufgefrischte Schlagwort: „Corruptionsfonds“ ließ klar erkennen, worauf es dem Redner ankam. Er sprach nicht sowohl zu den Abgeordneten, als zu der großen Menge, die seine Rede in den Blättern liest, verbrämt mit allerlei ausschmückenden Zuthaten, sie soll als Thema benutzt werden von Blättern wie die „Germania“, die „Kölnische Volkszeitung“ und „Schlesische Volkszeitung“, der „Kurier Poznanski“ rc., um daraus Waffen zu schmieden für die Polen und die Jesuiten. Es sollten Worte hinausgeschleudert werden in die Welt, um die fehlenden Begriffe zu ersetzen. Aber mit solchen Kunststücken kommt der Welfe und Römling in diesem Falle nicht weit, weil er auf einen Gegner stößt, den er nicht kennt, und deshalb unterschätzt, und dieser Gegner ist der nationale Instinct der großen Mehrzahl des deutschen Volkes. Es war ein Zeichen vollständiger Verkennung dieses Instinctes, daß Herr Windthorst die Welfen in eine Linie mit den Polen und Dänen stellte, eine unzutreffendere Vergleichung konnte gar nicht gewählt werden. Die Welfen mögen für die Wiederherstellung Hannovers schwärmen, aber sie sind und bleiben Deutsche, wenn auch nicht nach dem Muster des Herrn Windthorst, und das Häuflein Dänen, die in Nordschleswig wohnen, sind niemals eine Gefahr für das Deutschthum gewesen, während doch die Losreißung der Provinzen Posen und Westpreußen und von Theilen von Oberschlesien und Ostpreußen eine schwere Gefahr für das gesammte deutsche Reich in sich schließen würde. Es war sehr gut, daß Herr Windthorst mit der rücksichtslosen Parteinahme für die Polen unter Hintansetzung der deutschen Interessen sich einmal auf ein Gebiet begeben hat, wo er fremd ist und bleiben wird, er glich darin dem bekannten gutmüthigen oder eigensinnigen Thier, das sich aus Uebermuth aufs Eis wagte, wo es den festen Boden unter den Füßen verlor. Es ist etwas ganz Anderes, unter dem Schutze der päpstlichen Autorität sich als Anwalt der katholischen Christenheit aufzuspielen und für das Polenthum gegen das Deutschthum im deutschen Reichstag eine Lanze brechen. Das wird dem Herrn Windthorst auch von Manchem sehr übel genommen werden, den er bisher unter seine treuesten Freunde rechnete.

Auch der Abgeordnete Hänel hat gegen die Vorlage gesprochen, aber aus einer ganz anderen Tonart wie Herr Windthorst. „Ich verkenne nicht die Gefährlichkeit der Polen, ich begreife die Schwierigkeiten, welche die polnische Agitation der Regierung bereitet. Gefährlicher aber als die Agitation ist das Streben der Polen nach Separation, das Streben, die Polen als Ganzes im preußischen Staate abzusondern.“ Hänel erkennt also das Vorhandensein der Gefahr, er ist nur über die Mittel, sie abzuwenden, anderer Meinung als die Regierung. Er hofft das Heil der Zukunft von der Germanisirung durch Assimilation. In dieser Hoffnung liegt der Irrthum des Herrn Hänel, denn verschmelzen lassen sich nur Elemente, welche die Vorbedingungen der Verschmelzung erfüllen, vor allen Dingen gehört bei organischen Verbindungen der Wille beider Theile dazu, diese Verschmelzung herbeizuführen, und dieser fehlt auf polnischer Seite wie die Erfahrung lehrt. Wenn die im Königreich Preußen wohnenden Polen den ernsten Willen hätten, vollwichtige und vollgiltige Angehörige dieses Staates mit allen Rechten und Pflichten zu werden, dann wären sie es längst geworden, aber sie wollen nicht in Deutschland aufgehen, sie wollen Polen bleiben, sie betrachten ihre gegenwärtige Lage nur als ein Uebergangsstadium und sind stolz darauf, daß sie den Gedanken der Wiederherstellung Polens festhalten.

Auf dieses wesentliche Moment ging am Dienstag der Minister Lucius in der geeigneten Weise ein und wurde darin vom Abgeordneten Hobrecht aufs Wirksamste unterstützt: „Herr Hänel unterschätzt die polnische Propaganda, es liegt actenmäßiges Material dafür vor, daß ein Zusammenhang zwischen Warschau und Preußisch-Polen noch immer besteht und daß von der ehemaligen Hauptstadt des Königreichs Polen noch immer die Directiven gegeben werden. Darauf kommt es an, und darum sind alle auf Verschmelzung gerichteten Bestrebungen völlig aussichtslos. Die Sprachgrenze in Oberschlesien ist noch heute da, wo sie vor 50 Jahren lag . . . Ein Fortschritt der deutschen Sprache hat nirgends stattgefunden, wohl aber hat die Spannung zwischen Deutschen und Polen zugenommen in Folge der polnischen Agitation.“ So sagte der Abgeordnete Hobrecht sehr treffend und wies zugleich auf die Thatsache hin, daß sogar in Oberschlesien, wo die katholische Geistlichkeit weniger Vertreterin polnisch-nationaler Interessen ist, als in Posen, ihre Thätigkeit hemmend auf die Ausbildung des Deutschthums eingewirkt hat. Hänel giebt zu, daß die Polen das Streben der räumlichen Trennung von Deutschland haben und dennoch will er sie wider ihren Willen mit uns verschmelzen. Das ist doch ganz sicher aussichtslos.

Alle Einwürfe, welche gegen die Vorlage gemacht worden sind, tragen das Merkmal der Tendenz an der Stirn. Sie rühren theils von einer Partei her, welche jedes Mittel benutzt, um den Staat an seine Abhängigkeit von der Kirche zu erinnern, theils von der Partei, welche jede Vorlage nicht vom Standpuncte der allgemeinen Wohlfahrt, sondern vom Parteistandpuncte aus betrachtet. „Die Verfassungswidrigkeit der Vorlage ist von keiner Partei angezweifelt, es müssen vor allen Dingen Bürgschaften zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte gefunden werden,“ sagt Hänel, und Hobrecht antwortet darauf: „Ich hoffe, es wird den gemeinsamen Bemühungen gelingen, ein Gesetz zu Stande zu bringen, das von einer großen Majorität angenommen werden kann.“ Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Möglichkeit einer Verständigung über die Form der Vorlage unter den nationalen Parteien, zu welchen wir doch auch die Deutschfreisinnigen schon ihres selbstgewählten Namens wegen rechnen möchten, nicht ausgeschlossen ist. Aber daran muß festgehalten werden, daß wir dem Polonismus gegenüber mit platonischen Wünschen, mit Verschmelzungsphantasien nicht auskommen, sondern daß es gilt, dem gefährdeten Deutschthum in den östlichen Provinzen Preußens auf wirksame Weise Beistand zu leisten. Die Vorlage ist unzweifelhaft der Verbesserung fähig und bedürftig, aber die Verbesserung darf nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß sie, um sie in die richtige Form zu gießen, ihres Inhalts entkleidet werden darf. Vor allen Dingen muß der Zweck ins Auge gefaßt werden, den sie fördern soll, und dieser besteht darin, die polnische Agitation lahm zu legen und dem Deutschthum in den östlichen Provinzen Preußens zu der ihm gebührenden Stellung zu verhelfen. Das geht nicht durch schwächliche, halbe Maßregeln, sondern nur durch Entfaltung von zielbewußter Energie.

Der Staatszweck kann immer nur dann erfüllt werden, wenn die große Mehrzahl der dem Staat angehörenden Mitglieder über die Erfüllung der gemeinsamen Aufgabe einverstanden ist, und dazu gehört in erster Linie das Zusammenstehen gegen gemeinsame Feinde. Die gefährlichsten Feinde sind immer diejenigen gewesen, welche unter der Maske der Freundschaft ihre selbstsüchtigen Interessen verfolgen. Solcher Freunde kann man sich nur erwehren und sich ihrer entledigen, wenn man sie in ihrer wahren Gestalt erkannt hat. Die Polendebatten im Reichstage und im preußischen Landtage haben werthvolles Material zur Verbreitung dieser Erkenntniß geliefert, und sie haben außerdem noch sehr bedenkliche Thatsachen zu Tage gefördert, um die wahren Absichten des Centrums auch dem blödesten Verstande klar zu machen. Dem Centrum gilt es gleich, ob das deutsche Reich zu Grunde geht, wenn nur die Kirche oder vielmehr die Macht der Jesuiten dadurch erhöht wird. Die Erkenntniß dieser Thatsache ist das wichtigste Ergebniß der Polendebatte.

* * *

Zur Sache wird uns noch aus Berlin vom Dienstag geschrieben:

Mehr als in früheren Jahrhunderten wird in unserer constitutionellen Zeit das Urtheil über jeden Staatsmann getrübt durch den Haß und die Mißgunst der Parteien, doch in der Geschichte wird sicherlich das Charakterbild des größten Staatsmannes des Jahrhunderts, des Fürsten Bismarck, nicht schwankend dastehen, wie sehr er auch bei seinen Lebzeiten gegen die Zerrissenheit der Parteien, gegen Vorurtheile und gegen die Unfähigkeit zahlloser „Gernegroße“ anzukämpfen hat. Selbst die fanatischsten Hasser des großen Mannes müssen es zugeben, daß er sich nicht nur die große Aufgabe gestellt, das tausendjährige Sehnen der deutschen Nation, sich zu einem lebensfähigen und mächtigen Staatskörper zu concentriren, sondern daß er auch diese große und herrliche Aufgabe in genialster Weise gelöst hat.

Nachdem aber Fürst Bismarck das Reich geschaffen, nachdem er es „in den Sattel gehoben“, wie er selbst bei Berathung der Verfassung, bescheiden das Verdienst von sich ablehnend, von dem Reichstage sagte, galt es, das Reich so zu festigen, daß es, soweit menschliche Voraussicht reicht, in den Stand gesetzt sei, den Anstürmen der Jahrhunderte zu widerstehen.

Diese zweite Aufgabe ist vielleicht nicht weniger schwierig und großartig als die erste. Denn nicht nur, daß in Folge der geographischen Lage Deutschlands das Wort hier gilt: „Feinde ringsum“, im Innern selbst sind Feinde der Größe des Vaterlandes, zahlreich und nicht minder gefährlich, ja der Consolidirung des neuen Staatswesens vielleicht, und jedenfalls zunächst, noch gefährlicher als die äußeren Feinde.

So sehen wir denn systematisch, von Jahr zu Jahr, von einer Parlamentssession zur anderen, den Reichskanzler rastlos arbeiten an der weiteren Einigung und Kräftigung des Reiches, an der Stärkung des Reiches, um die erkannten Feinde und Gefahren mit den besten und wirksamsten Mitteln unschädlich zu machen. Und wie er auch auf Schritt und Tritt bekämpft wird, zielbewußt, sich und der großen Sache treu, geht Fürst Bismarck vorwärts.

Einheit des Heeres, Einheit der Verkehrsmittel, Fortræumung aller Schranken im Innern, Einheit in Münze, Maß und Gewicht, ein Recht, ein Gerichtsverfahren — es ist erreicht. Ein großes, geschultes, Achtung gebietendes Heer, es ist geschaffen. Einheit des Glaubens — nun, diese Forderung ist nicht aufzustellen und auch nie aufgestellt worden. Aber was gefordert werden kann und gefordert werden muß, was bei allen anderen Nationen seit Jahrhunderten als selbstverständlich gilt, das ist einheitliche patriotische Gesinnung und Einheit der Sprache. Das sind die Forderungen der Vaterlandsliebe, welche leider noch unerfüllt sind, das sind die Aufgaben, welche sich Fürst Bismarck noch gestellt und für welche er seine ganze Kraft einsetzt, wobei er sich freilich bewußt bleibt, daß sie nur zu erfüllen sind, wenn die Unterstützung der Besten der Nation gewonnen ist. Denn dieser Riesenaufgabe gegenüber reichen die Kräfte eines Mannes, und ist er auch der stärkste und gewaltigste seiner Zeit, bei weitem nicht aus, dieses Werk zu beenden reicht auch die kurze Spanne Zeit, welche die Natur dem Menschen beschieden, nicht hin.

Nachdem unser deutsches Volk Jahrhunderte hindurch ein Spielball übermüthiger Nachbarn gewesen und auf das Schmerzlichste unter seiner staatlichen Ohnmacht und Zerrissenheit gelitten, gilt es, das ganze Volk wieder zur echten Vaterlandsliebe zu erziehen, ihm zum Bewußtsein zu bringen, welch ein Schatz errungen und für die Zukunft zu hüten ist.

Die internationalen Elemente im deutschen Reiche müssen bekämpft, müssen besiegt werden, in welcher Gestalt und Art sie auch auftreten mögen — Das bedeutet den Kampf gegen den Anarchismus, gegen den Socialismus, gegen den Ultramontanismus. Man hat aus Gehässigkeit oder Thorheit so oft dem Reichskanzler vorgeworfen, daß er in der inneren Politik fortwährend mit Ausnahmegesetzen und Maßregeln vorgehe, als ob ihm das zur Freude gereichte oder Vergnügen gewährte! Des Reiches Kanzler fühlt er die ganze große Pflicht, die er auf sich genommen, und wie der Krieg nach außen, so bedingt auch der gegen die inneren Feinde Ausnahmemaßregeln. Sicher wäre Niemand glücklicher als Fürst Bismarck, wenn er auf diese verzichten könnte, und diese Lage wäre sofort geschaffen, wenn die Socialdemokraten und Ultramontanen für den Schutz und die Wohlthaten, die ihnen die Zugehörigkeit zum mächtigen deutschen Reiche verbürgt und täglich gewährt, wenigstens die Verpflichtung anerkennen würden, von dem Kampfe gegen das Reich, von ihren Umsturzbestrebungen gegen Deutschland abzulassen.

Zu den bittersten Gegnern Deutschlands gehören von jeher auch die Polen. Und an seinem Lebensabend fühlt der deutsche Reichskanzler die heilige Pflicht, gegen diese ungeheure Gefahr, welche sich besonders in den Ostmarken fühlbar macht, einen Wall aufzuführen. Die Geschichte eines Jahrhunderts preußischer und deutscher Politik ist zugleich die Geschichte der Wohlthaten deutscher Cultur, deutschen Wohlwollens, deutscher Nachsicht gegen die Sarmaten — und des schmählichsten Undanks dieser gegen uns. Lernen sollen wir aus der Geschichte; wir erkennen, daß die Politik den polnischen Unterthanen gegenüber eine falsche gewesen ist, und sollen nun daran gehen, soweit und so schnell es möglich ist, diesen Fehler gut zu machen. Die thörichtste Frage, die aufgeworfen werden kann, ist die der Gegner: „warum gerade jetzt?“ Diese Frage ist gleich berechtigt oder vielmehr unberechtigt zu jeder Zeit. Sie wäre vor einem, sie wäre vor zehn Jahren erhoben worden, sie würde ebenso nach zehn Jahrzehnten erhoben werden, wenn wir noch so lange warten dürften. Im Uebrigen giebt es sogar auf diese müßige Frage eine recht einfache Antwort. Alle diese großen und schweren Aufgaben lassen sich nicht gleichzeitig in Angriff nehmen, und daß Fürst Bismarck, seit er an die Spitze der preußischen Regierung und der deutschen Reichsregierung getreten, keinen Tag geruht, den Kampf gegen des Reiches Feinde unablässig und eifrig geführt, werden wohl auch dessen erbittertste Gegner zugestehen müssen.

Seit Kurzem haben wir die dritte „Polendebatte“. Auf das verunglückte Gefecht, welches die Gegner mit wenig Geschick im Reichstage eröffneten, folgten die Siege im Abgeordnetenhause. Zunächst die Annahme des „Antrages Achenbach“. Und nun dessen Erfüllung. Zwei Tage dauerte nun dieser Kampf, und die erste und wichtigste der Vorlagen, welche die positiven Maßregeln gegen die Polonisirung und für die Germanisirung betrifft, ist heute einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Zum Heile des Vaterlandes wird es den Bemühungen der Commission hoffentlich gelingen, ein Gesetz zu Stande zu bringen, das von einer noch größeren Mehrheit angenommen wird, als der Antrag Achenbach.

Leipzig, 25. Februar 1886.

* Der Gesetzentwurf, betreffend das Branntweinmonopol, wurde am Mittwoch im Reichstag vertheilt, jedoch nur der Wortlaut des Entwurfs; die Motive liegen noch nicht vor. Voraussichtlich wird am Montag, den 1. März, die erste Lesung des Entwurfs im Reichstage erfolgen.

* Zum Thema der Communalbesteuerung der Officiere wird officiös aus Berlin geschrieben: „In Abgeordnetenkreisen ist die Nachricht verbreitet, es sei in Bälde die Regelung der Frage der Communalbesteuerung der Officiere zu erwarten. Der Gedanke, einen Ausweg aus den der Feststellung des Militairpensionsgesetzes aus der Communalsteuerfreiheit der Officiere erwachsenden Schwierigkeiten durch Anrufung der Landesgesetzgebung zu finden, ist nicht neu. In der Presse ist sogar vielfach von einer parlamentarischen Initiative in dieser Richtung seitens der Regierung nahestehender Parteien die Rede gewesen, ohne daß bisher derartige Andeutungen Aussicht auf Verwirklichung hätten. Auf welchen Gründen dieses negative Verhalten beruht, mag dahingestellt sein. Jedenfalls aber sind Zweifel darüber, ob Angesichts der Bedenken, welche aus der von der Staatsregierung zu der Frage der Reichscompetenz eingenommenen Stellung gegen die Annahme eines praktischen Erfolges herzuleiten sind, für eine parlamentarische Action der Boden vorhanden ist, mitbetheiligt gewesen. Solche Zweifel würden natürlich schwinden, wenn die Staatsregierung selbst die gesetzgeberische Initiative in der Sache ergriffe. Unter denjenigen Gründen praktisch-militairischer Natur, welche einem derartigen Entschluß bisher entgegenstanden, nimmt die Erwägung eine nicht unwichtige Stelle ein, daß durch die Aufhebung der bisherigen Communalsteuerfreiheit der Kriegsherr in der Möglichkeit der Versetzung der Officiere und damit in der Möglichkeit, den rechten Mann an die rechte Stelle zu setzen, worauf ein wesentliches Moment der Tüchtigkeit unseres Heeres beruht, selbst dann beschränkt wird, wenn die Communalbesteuerung nur das Privateinkommen der Officiere, bezw. den die Zinsen des Commißvermögens übersteigenden Theil desselben trifft. Diesem Bedenken würde die Spitze abgebrochen werden, wenn die der Communalsteuer zu unterwerfenden Einkommen der Officiere aus deren Privatvermögen ohne Rücksicht auf die jeweilige Höhe der Communalbelastung am Dienstorte im ganzen Umfange der Monarchie gleichmäßig, etwa zu dem Höchstbetrage der Staatseinkommensteuer, herangezogen würden. Freilich würde damit in dem einen oder anderen Falle der von dem einzelnen Officier zu entrichtende Betrag bald kleiner, bald größer sein, als bei Anwendung der örtlichen Communalsteuerregulative, aber auch die höchst belasteten Gemeinden erhalten eine für ihre Finanzen sicher erwünschte Aufbesserung, während die militairischen Rücksichten zugleich ihre volle Rechnung finden. Auf diesem Wege würde sich daher vielleicht ein gangbarer Compromiß zwischen den betheiligten und sich anscheinend widerstreitenden militairischen und communalen Interessen herbeiführen und damit dem für die Interessen der Armee so dringlichen Militair-Pensionsgesetz der Weg sich ebnen lassen.“

* Der Redacteur Prohl vom conservativen „Kieler Tageblatt“ wurde, wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Kiel vom 23. d. Mts. gemeldet wird, vom Ersten Staatsanwalt und dem Polizeirath Lorenzen, sowie einem Berliner Geheimpolizisten verhaftet und nach Berlin abgeführt. Prohl soll mit Sarauw landesverrätherische Verbindung gehabt haben.

* Der anhaltische Landtag wurde am Montag in Dessau vom Staatsminister von Krosigk eröffnet. Der Minister gedachte in seiner Rede des Hinscheidens des Erbprinzen und der günstigen finanziellen Lage des Staats. Die Staatssteuern sollen von 14 auf 12 Einheiten gemindert werden. Nach dem Ableben des Erbprinzen Leopold wurde berichtet, daß die Proclamirung des Prinzen Friedrich als Erbprinzen von Anhalt durch einen besonderen Act erfolgen werde. Letzterer ist der zweitgeborene Prinz und wird hausgesetzlich ohne Weiteres Erbprinz. Von einer Proclamirung ist nichts vorgeschrieben. Sie kann auch nicht beabsichtigt sein, da im Kirchengebete überall des Erbprinzen Friedrich gedacht wurde.

* Die kleinen Residenzen wollen sämmtlich in eine höhere Servisclasse; jetzt hat auch das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt bei dem Bundesrath einen Antrag gestellt, zu beschließen, daß die Residenzstadt Rudolstadt in dem Gesetz, betreffend den Servistarif und die Classeneintheilung der Orte, in die zweite Servisclasse eingereiht werde. Rudolstadt ist trotz einer Gegenpetition vom Jahre 1883 in der dritten Servisclasse.

* * *

* Anläßlich der Besprechung des österreichischen Landsturmgesetzes schreibt der „Pester Lloyd“:

Ein Umstand ist es, der uns für den Ernstfall einigermaßen mit Besorgniß erfüllt; es ist ein heikles Thema, aber wir glauben, der Streifung desselben nicht aus dem Wege gehen zu sollen. Nach dem Gesetze scheint die Absicht vorzuherrschen, den Landsturm in zwei Kategorien, eine nach der anderen, aufzubieten, zuerst die Männer bis 37 und dann die Männer bis 42 Jahre. Bei den zu wählenden Officieren wird zugleich auch auf politische Verläßlichkeit gesehen. Sollte bei der Mannschaft nicht auch auf eine ähnliche Verläßlichkeit Rücksicht genommen werden, sollten nicht Verhältnisse möglich sein, unter denen es nicht rathsam erschiene, einzelne Nationalitäten, die fremden, ausländischen, d. h. feindlichen Zuflüsterungen mehr oder minder zugänglich sind, Waffen in die Hand zu drücken, mit denen sie in die Versuchung kommen könnten, mehr Unheil als Nutzen zu stiften? Wir fürchten nicht, daß gewisse Massenmorde, über welche auch wir gern den Schleier des Vergessens und Vergebens breiten, sich wiederholen könnten, und wir wünschen gewiß, daß selbst die Befürchtungen vor einem Bürgerkriege und ähnlichen Greueln nie und nimmer wieder erwachen mögen. Aber der Weise baut vor, und eine weise Politik wird die einzelnen Landsturm-Aufgebote nach Bedarf nach einzelnen Comitaten aufrufen lassen, und aus diesem Grunde wird es sich auch empfehlen, die Waffendepots bis zum letzten Augenblick des Bedarfsfalles nach Thunlichkeit im Centrum und womöglich fern von der Peripherie unterzubringen.

Die Besorgnisse des officiösen ungarischen Blattes sind nicht ganz ungerechtfertigt, man darf sich ja nur des von den Ungarn veranstalteten Aufstandes von 1848/49 erinnern, dessen Niederwerfung Ströme von Blut gekostet hat. Diesen Aufstand hat der „Pester Lloyd“, wenn er von Massenmorden

SLUB
Wir führen Wissen.